

Mainz, 30.11.2022

Haushaltsbegleitantrag 1710/2022/1 zur Stadtratssitzung am 30.11.2022

Bürger nachhaltig entlasten – finanzielle Spielräume nutzen!

Gasknappheit, Inflation, Strompreisexplosion: Deutschland wird derzeit von einer Krise nach der anderen getroffen. Dies stellt die Bürger vor enorme Belastungen und viele wissen nicht, wie sie durch diese Krise kommen sollen.

Die Stadt Mainz ist hier gefordert. Auch wenn viele der Krisen auf Bundesebene angegangen und gelöst werden müssen, kann auch Mainz seinen Beitrag dazu leisten, die Bürger zu entlasten. Durch den derzeit noch anhaltenden Geldsegen durch die Gewerbesteuererinnahmen hat Mainz auch die finanziellen Möglichkeiten dazu.

Die AfD Mainz fordert hierzu einen Kanon aus Maßnahmen, die den Bürger entlasten, gleichzeitig jedoch auch die Bürokratie verschlanken und Mainz somit nachhaltig zukunftsfest machen.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Bürger entlasten – Steuern und Abgaben senken

- 1.1. Die Hundesteuer wird mit Wirkung zum 01.01.2023 auf sogenannte „gefährliche“ Hunde begrenzt und für alle anderen Hunde abgeschafft. Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend eine entsprechende Satzung zu erstellen.
- 1.2. Der Grundsteuerhebesatz wird auf 120 Punkte (also um $\frac{3}{4}$) gesenkt und somit Mieter und Eigentümer entlastet.
- 1.3. Für die Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG werden Mittel bereitgestellt, um die Mieten für Mainzer Vereine und Bürger um 80 % reduzieren zu können.
- 1.4. Die Zweitwohnungssteuer wird abgeschafft.

2. Bürokratie abbauen – Lobbypolitik beenden – mit gutem Beispiel vorangehen

- 2.1. Der städt. Zuschuss für das Büro für Migration und Integration wird um 50 % gekürzt.
- 2.2. Die Sach- und Personalkosten für den Fahrradverkehr werden halbiert. Die Mittel für das Fahrradbüro werden auf eine Stelle reduziert.

- 2.3. Die Mittel des Gleichstellungsbeauftragten für „Gender Mainstreaming“ werden ersatzlos gestrichen.
- 2.4. Der Fuhrpark des Stadtvorstandes wird aufgelöst. Entsprechende Verträge werden zeitnah beendet. Der Fuhrpark wird durch Dienstfahräder sowie die Möglichkeit der Nutzung von Carsharing ersetzt. In begründeten Einzelfällen kann auf Mietwagen zurückgegriffen werden.
- 2.5. Die Hilfen und Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge werden auf das erstattungsfähige Maß des Landes reduziert.
- 2.6. Die Stadtteilmittel für die Ortsbeiräte, u.a. für die Kulturförderung vor Ort, werden pauschal um 80 % erhöht.

3. ÖPNV stärken – Mitarbeiteroffensive starten

- 3.1. Tarifliche Obergrenzen bei der Bezahlung der Mitarbeiter werden ausgenutzt.
- 3.2. Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werden eingeführt bzw. angehoben.
- 3.3. Das Streckennetz wird ausgebaut und die Taktung erhöht.

4. Lebenswertes Mainz – hier wohnt man gern

- 4.1. Die städtischen Spielplätze werden mit öffentlichen Toiletten zzgl. einer Wickelmöglichkeit ausgestattet, wo dies bautechnisch möglich ist.
- 4.2. Die Unterstützung für das Mainzer Tierheim wird bedarfsgerecht erhöht.
- 4.3. Das „Erfrischungsgeld“ für Wahlhelfer/ Wahlvorstände wird auf 50 € pro Person erhöht.
- 4.4. Die Angebote der Ehrenamtskarte werden zielgerichtet erweitert.
- 4.5. Bedürftige Bürger werden durch breitere Förderung von Initiativen wie der Mainzer Tafel und des Brotkorbes besser unterstützt.
- 4.6. Die öffentlichen Sitzmöglichkeiten werden über das Projekt „beSITZbare Stadt“ hinaus aufgestockt.
- 4.7. Die Tarife für Erzieher werden angehoben.
- 4.8. Eine Planstelle „Städtischer Abschiebungsbeauftragter“ wird geschaffen.
- 4.9. Initiative „Schnelles Internet“: Mainz legt ein Förderprogramm für den Ausbau des Glasfasernetzes vor.